

Keinen Blankoscheck für Verkaufsflächen ausgestellt

Regionalverband verhängt Sperre im Entwicklungsplan / Schömberger Neue Mitte nur örtlich relevant

Von Steffi Stocker

Schömberg. Neben der Erweiterung des Modehauses Bertsch (wir berichteten) war auch die Flächenentwicklung »Neue Mitte«, bezogen auf den Einzelhandel, Thema im Planungsausschuss des Regionalverbandes. Doch einen Blankoscheck für mögliche Verkaufsflächen wollte die Mehrheit des Gremiums nicht ausstellen.

Wie die Beratungen ergaben, stünden laut Planungen Verkaufsflächen zur Verfügung, die für die Gemeindegröße als überproportional eingestuft werden. Vorgesehen ist demnach ein Vollsortimenter mit 1750 Quadratmetern, ein Drogeriemarkt mit 650 Quadratmetern sowie drei weitere Flächen mit insgesamt 600 Quadratmetern Fläche.

In die Bewertung lässt der Regionalverband zudem den derzeit existierenden Markt



Während nur noch Schutt an die einstige Bebauung erinnert, feilschte der Regionalverband um potenzielle Verkaufsflächen in der neuen Mitte Schömbergs.

Foto: Stocker

mit 1200 Quadratmetern einfließen. »Von der wahrscheinlichen Wiedernutzung des Altstandortes Edeka ist zu-

nächst auszugehen«, so die Stellungnahme, wenngleich die Nutzungsoption unklar sei. »Wir können von außen

keinen Blankoscheck ausstellen, so lange sie nicht sagen, mit welchen Themen die Flächen besetzt werden«, folgte Jürgen Großmann (CDU) der Empfehlung, die drei kleineren Einheiten aus der Planung herauszunehmen.

»Ich warne davor, jetzt schon das Vorhaben zu beeinflussen«, verwies indes Schömbergs Bürgermeisterin Bettina Mettler auf die Kontinuität des Investors, der bisher alle Wege bis hin zum Sondergebiet mitgegangen sei. Man wisse noch nicht genau, was dort Einzug halte, kann sich neben Einzelhandel aber auch Dienstleistung und Gastronomie vorstellen. Außerdem warf Mettler ein, dass dies raumordnend nicht relevant sei. »Wir sollten den Rahmen bestehen lassen ohne Einschränkung für die Gemeinde«, plädierte der Fraktionskollege Hans-Werner Köblitz für die Gesamtfläche. Er bezog sich nicht zuletzt auf

das Gutachten, wonach keine nachteiligen Effekte auf Nachbargemeinden zu befürchten seien, selbst bei Reaktivierung des Altstandortes. Unter anderem die Verkehrswege widersprechen solchen Auswirkungen.

Eine mögliche Marktberichtigung in der Gemeinde selbst wäre regionalplanerisch unschädlich, so die Essenz des Regionalverbandes aus dem Gutachten. »Die Gemeinde zielt auf eine ganzheitliche Lösung mit idealer Kombination des Betreuten Wohnens«, warb Norbert Holme (FDP) für Unterstützung. »Solange die Nutzung des Altstandortes nicht klar ist, sollten wir die 600 Quadratmeter sperren«, sieht indes Julian Osswald (CDU) rechtliche Schwierigkeiten. Mit 13 zu zehn Stimmen entschied sich der Planungsausschuss für eine reduzierte Zustimmung, also ohne die drei kleinen gewerblichen Einheiten.